

Junge Leute zum Dienst am Alter zwingen? : Ein Vorschlag, wie dem drohenden Pflegenotstand begegnet werden könnte - und was andere davon halten

Autor(en): **Thalmann, Verena**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Heimwesen : Fachblatt VSA**

Band (Jahr): **63 (1992)**

Heft 10

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-810993>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Junge Leute zum Dienst am Alter zwingen?

Ein Vorschlag, wie dem drohenden Pflegenotstand begegnet werden könnte – und was andere davon halten

Von Verena Thalmann, «Tages-Anzeiger», Zürich

Schreckensmeldungen machen die Runde: Die Pflege vor allem der Betagten drohe mittelfristig zusammenzubrechen, weil niemand mehr da sei, sie zu leisten. Der frühere Basler Medizinprofessor Hansjürg Fahrländer und der Zürcher Chefstadtarzt Albert Wettstein haben Berechnungen hierüber publiziert. Fahrländer sieht den einzigen Ausweg darin, dass Männer und Frauen im Rahmen eines obligatorischen Dienstes in der Pflege eingesetzt werden. Auch Wettstein denkt an Lösungen in dieser Richtung. Doch ihre Berechnungen und Folgerungen bleiben nicht unwidersprochen.

Lange sprach man nur von der Kostenexplosion – jetzt wird auch der Pflegenotstand zum geflügelten Wort. Dabei geht es weniger um die Betten für die pflegebedürftigen Betagten – Altersheim, Spitäler und die Verlagerung in den ambulanten Bereich bieten hier noch einige Reserven – als um das nötige Pflegepersonal. Viele sehen der Tatsache, dass es immer mehr Hochbetagte und immer weniger junge Arbeitskräfte geben wird, mit Bangen entgegen.

In Zahlen: Auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter treffen heute 27 Rentnerinnen und Rentner. Im Jahr 2015 werden es gemäss Schätzungen des Bundesamts für Statistik – bei gleichbleibendem Rentenalter – 34 bis 38 Rentnerinnen und Rentner sein. Die Zahl der über 65jährigen dürfte bis zum Jahr 2025 um gut 50 Prozent zunehmen, die Zahl der über 90jährigen sich verdoppeln.

Alt heisst nicht krank

Nun ist alt bei weitem nicht gleichbedeutend mit krank: 70jährige Frauen und Männer verbringen im Schnitt zwei Drittel der ihnen verbleibenden Lebenszeit bei vergleichsweise guter Gesundheit. Nur 20 Prozent der über 80jährigen leben in einem Heim oder einer ähnlichen Institution.

Dennoch muss vor allem bei den Hochbetagten mit vermehrter Krankheitsanfälligkeit gerechnet werden. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird weiter ansteigen. Die grösste Gruppe bilden die Menschen mit Hirnleistungsschwäche (Demenz). Sie machen in den Zürcher Krankenheimen über 80 Prozent der Betreuten aus.

Die beiden erwähnten Mediziner haben nun unabhängig voneinander – gestützt auf diese Patientengruppe – Hochrechnungen über den Pflegebedarf angestellt. Dabei gehen sie davon aus, dass sich das Risiko der senilen Demenz bei Menschen ab dem 65. Altersjahr alle fünf Jahre verdoppelt. Das Ergebnis: Die Zahl der Betagten mit mittelschweren bis schweren organischen Hirnschäden wird in den nächsten 30 Jahren von heute 63 000 auf 92 000 zunehmen. Werden die leichteren Fälle mit einbezogen, die zum Teil ebenfalls professionelle Hilfe benötigen, so steigt die Zahl der Pflegebedürftigen laut Wettstein von 109 000 im Jahre 1987 auf 132 000 Personen im Jahr 2000 und auf 178 000 Personen im Jahr 2025.

Schon heute mangelt es an Pflegepersonal; die meisten Heime kommen nur mit Hilfe von ausländischen Arbeitskräften und einem grossen Prozentsatz von ungelerntem Personal über die Runden.

Zwar hat sich die Situation mit der Rezession etwas entschärft, doch sind die beiden Autoren überzeugt, dass der Mehrbedarf

mit konventionellen Massnahmen nicht gedeckt werden kann. Zusätzlich, meint Wettstein, böte sich die Möglichkeit an, mehr Pflegepersonal aus der Dritten Welt zuwandern zu lassen oder dienstpflichtige Männer und eventuell auch junge Frauen in der Pflege einzusetzen. Für Fahrländer besteht kein Zweifel, dass die Männer zahlenmässig nicht genügen würden; daher sollte man auch die Frauen zum Dienst aufbieten und beiden Geschlechtern die Wahl zwischen Zivil- und Militärdienst freistellen.

Hochrechnungen «zu starr»

Während bei den Männern soziale Einsätze im Rahmen eines zivilen Ersatzdienstes geplant sind, würde eine Dienstpflicht für Frauen von der (weiblichen) Bevölkerung bestimmt nicht einfach geschluckt. Aber auch die Hochrechnungen der beiden Mediziner stossen bei andern Fachleuten auf Kritik. So beispielsweise bei ihrer Berufskollegin Daniela Schlettwein-Gsell, die in der experimentellen Altersforschung tätig ist. Die Basler Ärztin lehnt die Prognosen als «zu mechanistisch, zu starr» ab. Laufend würden doch in den verschiedensten Bereichen neue Erkenntnisse gewonnen. So seien in den letzten paar Jahren für die Alzheimer-Krankheit Früherkennungsmodelle und neue therapeutische Ansätze entwickelt worden, die ganz andere Zukunftsperspektiven erwarten liessen. Im weiteren habe sich herausgestellt, dass die schweren Verhaltensstörungen meistens bei Menschen auftreten, welche ihre Familie sehr dominiert hatten. Da dieser autoritäre

Bestellung

Wir bestellen hiermit

— Exemplar(e) der Broschüre «Affektive Erziehung im Heim. Handeln im Spannungsfeld zwischen Pädagogik und Justiz.», herausgegeben von der Arbeitsgruppe Affektive Erziehung im Heim, zum Preis von Fr. 21.– (exkl. Versandkosten).

Name, Vorname _____

Name und
Adresse des Heims _____

PLZ/Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Bitte senden an Sekretariat VSA, Verlagsabteilung,
Seegartenstr. 2, 8008 Zürich

Typus langsam aussterbe, dürften auch die besonders aufwendigen Pflegefälle zurückgehen.

Dann ändere sich auch das Rollenverhalten in der Gesellschaft, sagt die Forscherin: Die Frauen werden selbständiger, während die häuslichen Fähigkeiten der Männer zunehmen. Das habe schon in der jüngsten Zeit dazu geführt, dass die Leute im Alter viel weniger verloren sind. Auch der Umgang unter den Partnern, mit der jungen Generation und den Nachbarn werde ungezwungener. Dank der grossen finanziellen Mittel könnten sich die neuen Alten zudem bessere Wohnungen und andere Erleichterungen leisten, wie Taxi, Putzservice, Haushilfe und vieles mehr. Insgesamt ergebe sich daraus eine grössere Selbständigkeit, welche den Betreuungsbedarf in Zukunft bestimmt verringere. Ein Indiz dafür sei, dass in Basel der Bedarf an Alters- und Pflegeheimbetten relativ zur betagten Bevölkerung laufend zurückgehe.

Auch die Präsidentin des Basler Berufsverbandes der Krankenschwestern und Krankenpfleger, Johanna Löffel, hat reagiert: Das Pflegepersonal stelle sich nicht grundsätzlich gegen den Einsatz von Dienstpflichtigen in Spitälern und Heimen, sagt sie, doch müssten gewisse Bedingungen erfüllt sein; vor allem dürfe kein Zwang angewendet werden. Die Pflege betagter Menschen sei eine höchst anspruchsvolle Aufgabe. Drastischer äusserte sich ein Pfleger im Verbandsblatt: Kein Mensch käme auf die Idee, Zivildienstleistende als Postboten, Lokomotivführer oder Laboranten einzusetzen, «aber in der Pflege kann ja jede Hilfskraft irgendwie wohltätig wirken».

Neue Rolle für das Pflegepersonal?

Für den Zentralsekretär des Berufsverbandes in Bern, Urs Weyermann, gibt es nur eines: die Arbeitsbedingungen – und dabei vor allem die Arbeitsinhalte – verbessern. «Wenn eine Schwester fremdbestimmt arbeiten muss, wird sie nie zufrieden sein», sagt er. Weyermann hat eine Studie mitverfasst, die aufzeigt, dass Institutionen mit einer guten Führungs- und Pflegephilosophie im-

mer Personal finden. Und dann komme man nicht darum herum, die Strukturen zu ändern. «Die Pflege muss mehr in den ambulanten Bereich verlagert werden, dann ist schlagartig genug ausgebildetes Personal vorhanden.» Voraussetzung sei allerdings, dass die diplomierten Schwestern und Pfleger in der Betagtenbetreuung anders eingesetzt werden – weniger selbst Hand anlegen und dafür andere anleiten. Vermutlich könnten noch zahlreiche Menschen für die ambulante Pflege gewonnen werden, die heute nicht berufstätig sind, weil sie keine Teilzeitstelle finden.

Ähnlich urteilt Margot Heutschi, die Zentralpräsidentin desjenigen Verbandes, der die hauptsächlich in den Heimen tätigen Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger vertritt. Sie weist allerdings darauf hin, dass die Berufsangehörigen noch zu wenig auf ihre neue Führungsrolle vorbereitet seien. Für die Langzeitpflege müsste die dreijährige Diplombildung zur Norm werden, auch wenn Kantone und Heime das nicht gern sähen. Zudem sollten die Kantone ihre Angebote harmonisieren und für eine staatliche Anerkennung der Abschlüsse sorgen, weil die jungen Leute dann eher für einen Pflegeberuf gewonnen werden können. Die Diskussion über solche Fragen ist zurzeit voll im Gang.

Freiwillige Arbeit aufwerten

Viele sehen das Heil in einem Ausbau der spitalexternen Dienste. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass professionelle Hilfe allein nicht genügt; häufig werden zusätzliche Betreuungspersonen benötigt. Bereits heute wird ein grosser Teil der Unterstützung und Pflege von Familienangehörigen erbracht – in erster Linie von Töchtern und Schwiegertöchtern. Nun zeichnet sich aber ab, dass in Zukunft kaum mehr im gleichen Umfang auf die Familien gezählt wird. Immer häufiger sind gar keine Nachkommen vorhanden, und zudem nimmt die Erwerbstätigkeit der Frauen zu. Es braucht daher vermehrt soziale Netze von Nachbarn, Freunden und anderen Helfern.

Nicht zuletzt deshalb wird wohl in letzter Zeit vermehrt davon gesprochen, dass Freiwilligenarbeit stärker anerkannt und honoriert werden sollte. Als einziger Kanton richtet Basel-Stadt Pflegebeiträge an Angehörige und Nachbarn aus, bei mässiger Nachfrage (350 Verträge zu 25 Franken im Tag). Mit der AHV-Betreuungsgutschrift für Angehörige soll nun ein gesamtschweizerisches Zeichen gesetzt werden. Die beiden Forscher François Höpflinger und Astrid Stuckelberger weisen auch darauf hin, dass künftig eine verstärkte Mitbeteiligung der Männer unumgänglich sei. Dabei werfen sie eine neue Idee in die Diskussion: einen obligatorischen Sozialdienst für junge Seniorinnen und Senioren – beispielsweise ab 62 Jahren – anstelle eines höheren AHV-Alters. Er wäre quasi das Gegenstück zum Zivildienst der Jungen.

Den Gedanken, dass unter der älteren Bevölkerung selbst noch mehr Solidarität möglich wäre, hört man in letzter Zeit vermehrt. Zwar gibt es die Aktion «Senioren helfen Senioren». Insgesamt sind aber bei uns Pensionierte weniger häufig sozial tätig als jüngere Personen. Um solche Einsätze zu fördern, entstand in den USA die Idee der «Zeit-Gutscheine», die sich in Seniorengeniessen bewährt haben soll: Wer seine Zeit für andere einsetzt, kann dafür bei Bedarf selbst profitieren.

In eine ähnliche Richtung geht das Modell, an dem der Heimleiter Marcel Schafer aus Alterswil (FR) herumstudiert. Es läuft darauf hinaus, Jung-Betagten für Einsätze in der Alterspflege einen reduzierten Lohn anzubieten, der nicht versteuert werden müsste und einem Sperrkonto gutgeschrieben würde. Aus diesem Guthaben könnten später die eigenen Pflegekosten finanziert werden, andernfalls käme es dem Spitex-Dienst der Gemeinde zugute.



Forum Culinaire...

Der Treffpunkt der Kochfachleute
für Informationen und Weiterbildung.
Unser Beitrag
zur Erhaltung einer leistungsstarken Gastronomie.

Haco AG, 3073 Gümligen, Tel.031/950 11 11